

### **III. SCHLUSSTEIL: PUBLIZISTISCHE VISION EINES EUROPÄISCHEN BUNDES VOR DEM HINTERGRUND DES PARISER FRIEDENSVERTRAGES**

#### **1. Die Bedeutung der Pressedebatte über ein neues Europa**

Die Vision eines den Frieden erhaltenden Bundes aller europäischen Staaten, wie ihn neu gegründete Presseorgane infolge des Vormarsches der Alliierten während der Jahre 1813/14 in den deutschen Staaten diskutierten, erhielt in der Realität keine Gestalt. Dennoch hat die in den Medien geführte Diskussion der Ereignisse einiges bewirkt: Die Idee eines europäischen Staatenbundes hatte nach der Leipziger Schlacht in der deutschen Tagespresse an Bedeutung gewonnen, nachdem die Alliierten die deutschen Staaten befreit und alle bis dann geltenden Pressegesetze außer Kraft gesetzt hatten. Die Rezeption der Prinzipien, nach denen sich die antinapoleonische Koalition gebildet hatte, setzte Standards für die im Herbst 1813 beginnende Debatte über die Neuordnung der europäischen Staatenwelt.

Dem Frontverlauf folgend wurden in den befreiten deutschen Staaten viele Zeitschriften und Zeitungen gegründet. Allein die Herausgabe der Blätter widersprach den bis dahin gültigen französischen Pressegesetzen. Alle Programme vertraten den Anspruch, über Napoleons Machtmissbrauch und die Kriegserfolge der antinapoleonischen Koalition zu berichten. Vom Beginn der russischen Kriegsinitiative an bis zum Ende des Herbstfeldzugs erschienen die Blätter unmittelbar hinter der Front im Auftrag der Alliierten oder stellten sich freiwillig in den Dienst der Koalition. Im Laufe des alliierten Feldzuges in Frankreich kamen viele neue Zeitschriften in den deutschen Staaten heraus, die zwar weiterhin freiwillig den Propagandafeldzug der Verbündeten unterstützten, dabei aber auch begannen, bevorzugt nationale Fragestellungen zu erörtern. Die programmatische Zielsetzung der neu gegründeten Blätter verlagerte sich während des Kriegsverlaufs von der tagesaktuellen Kriegsberichterstattung hin zu nationalgeschichtlichen Thematiken, wobei jedoch die Überwindung von Napoleons Herrschaft immer der entscheidende Bezugspunkt blieb.

Die redaktionelle Arbeit der neuen deutschen Presseorgane entwickelte sich in direkter Abhängigkeit von und in Wechselwirkung mit dem Kriegsverlauf in Europa. Die Aufhebung der französischen Pressegesetze eröffnete Schriftstellern, Herausgebern und Buchhändlern neue journalistische Handlungsspielräume. Die Zeitungsmacher nutzten alle Möglichkeiten, sich tagesaktuelle Informationen über die Siege der Alliierten zu

beschaffen, und sichteten hierfür vor allem amtliche Nachrichten aus den Hauptquartieren der Verbündeten, aber auch private Korrespondenzen und in- und ausländische Zeitungen. Von Kriegsbeginn an bemühten sich die verantwortlichen Redakteure, die französischen Armeebulletins zu diskreditieren und offizielle Berichte über die Kriegserfolge der Alliierten zu popularisieren. Während des Frankreichfeldzuges blieben die Redaktionen den Kriegszielen der Koalition verbunden, dachten daneben jedoch immer häufiger auch über die Erneuerung des deutschen publizistischen Marktes und über ihre künftigen Erwerbchancen nach. Die Professionalisierung der Redaktionen unter dem Einfluss der alliierten Militärpublizistik leitete nach den Jahren der französischen Unterdrückungspolitik eine Hochkonjunktur des deutschen Pressewesens ein, ohne dass die neuen Blätter jemals Anspruch auf dauerhafte politische Einflussnahme erhoben. Die Veröffentlichungen wandten sich an ein gebildetes Publikum, das mit den Gedanken der Aufklärung vertraut war. Die Berichterstattung unter Leitung der Alliierten galt unter den Zeitgenossen als objektiv.

Die tagesaktuelle Berichterstattung über die Bildung der antinapoleonischen Koalition offenbarte ein Denken in gesamteuropäischen Zusammenhängen. Während des Krieges gegen Napoleon verbanden sich beinahe alle europäischen Staaten zu einer Militärallianz, um einen dauerhaften Friedenszustand auf dem Kontinent zu schaffen und ihre jeweilige nationale Unabhängigkeit zu erhalten. Die Souveräne Europas trugen die alleinige Verantwortung für die Bündnisentscheidung ihres jeweiligen Staates gegen Napoleon und für die Koalition. Die Regenten trafen ihren Entschluss für die alliierten Kriegsziele entweder freiwillig oder unter dem militärischen Druck verbündeter Truppen. Die Bündnisentscheidung wurde immer als eine Frieden schaffende Maßnahme gewertet. Die amtlichen Proklamationen und Allianzverträge der antinapoleonischen Koalition lenkten den europäischen Friedensprozess, indem alle Souveräne beim Bündnisbeitritt auf die Artikulation einzelstaatlicher Ziele verzichteten. Von Kriegsbeginn an verkündeten die Alliierten, für die Freiheit und den Frieden Europas ins Feld zu ziehen. Ab Beginn des Herbstfeldzuges favorisierte die Koalition zudem das Prinzip, die künftige Friedensordnung auf der Grundlage eines gerechten Mächtegleichgewichts zwischen allen europäischen Staaten – inklusive Frankreichs – zu schaffen. Die Nachrichten über die Erfolge der antinapoleonischen Koalition offenbarten eine gemeinsame Werteorientierung der Mitgliedsstaaten. Den Bündnisbeitritten der deutschen Fürsten wurde innerhalb der europäischen Staatenverbindung kein besonderer Stellenwert zugewiesen.

Einen radikalen Perspektivenwandel auf Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft leitete die Erfahrung des gewaltsamen Umbruchs in der europäischen Staatenwelt ein. Axiomatische Voraussetzung aller zeithistorischen Reflexion war, dass der Krieg der Alliierten gegen Napoleon eine Zäsur in der Entwicklungsgeschichte des europäischen Staatensystems darstelle. Die Siegesserie der Alliierten beendete die Einflussnahme Frankreichs auf Europa. Das Ende von Napoleons Gewaltherrschaft schien den Zeitgenossen zu beweisen, dass eine Nation nicht dauerhaft über die anderen europäischen Völker herrschen könne. Die Erfolge der Verbündeten eröffneten zugleich aber auch einen Ausblick auf die künftige Freiheit und Unabhängigkeit aller europäischen Staaten. An der Tragfähigkeit des europäischen Staatensystems bestand kein Zweifel. Europa habe in seiner Geschichte seine politische Erneuerungsfähigkeit wiederholt bewiesen. Die Periodisierungen der europäischen Zeitläufte führten zu einer nationalen Verkürzung des Blickwinkels. Diskutiert wurde, inwiefern ein spezifischer Nationalcharakter die Deutschen vor einer vollständigen Zerstörung ihrer kulturellen Eigenständigkeit während Napoleons Herrschaft bewahrt habe und nun weiterentwickelt werden müsse, um die Freiheit der deutschen Nation dauerhaft zu erhalten.

Die Kriegsberichterstattung der Alliierten ergänzten die Presseleute um Vorschläge für eine Organisation des europäischen Staatensystems, die den Frieden dauerhaft garantieren sollte. Die Autoren entwickelten also gewissermaßen die amtlichen Kriegsziele der Koalition konzeptionell weiter. Den Fürsten Europas wurde die Aufgabe der Friedensstiftung überantwortet. Allein den europäischen Souveränen wurde die Vollmacht zugestanden, einen allgemeinen Friedensvertrag abzuschließen, um die zwischenstaatlichen Beziehungen zu erneuern. Von den Oberhäuptern Europas wurde erwartet, dass sie das Zusammenleben der europäischen Staaten künftig nach der traditionellen Maxime einer Mächtebalance auf völkerrechtlicher Basis organisierten. Um den Frieden auf dem Kontinent dauerhaft zu wahren, wurde den europäischen Monarchen vorgeschlagen, die antinapoleonische Koalition institutionell fortzuentwickeln und die Einrichtung eines europäischen Staatenbundes voranzutreiben. Die Neuordnung der deutschen Staatenwelt war in allen Konzepten integraler Bestandteil einer künftigen europäischen Friedensordnung. Die Alliierten hatten der deutschen Tagespresse nach der Befreiung die Aufgabe übertragen, über die staatliche Zukunft der Nation eine publizistische Debatte zu führen. Sie machten den deutschen Presseorganen allerdings die Vorgabe, nur über Staatsmodelle zu diskutieren, die eine gesamtdeutsche Lösung anboten. Favorisiert wurde die Vorstellung, dass alle deutschen Staaten sich als Föderation

auf der Basis einer gemeinsamen Verfassung neu organisieren sollten. Die Idee eines europäischen Staatenbundes gewann in der deutschen Tagespresse an Bedeutung, weil der künftige deutsche Staatenverein im Einverständnis mit den verbündeten Monarchen innerhalb des europäischen Staatensystems realisiert werden musste. Völkerrechtliche Maßstäbe, die für das politische Zusammenleben der europäischen Staaten in Friedenszeiten eingefordert wurden, wurden auch für die Neugestaltung der deutschen Staatenwelt vorausgesetzt.

Die Gründung der neuen Presseorgane im Zuge des Vormarsches der Alliierten, deren redaktionelle Unterstützung durch die Kriegspropaganda der Verbündeten, die tagesaktuelle Berichterstattung über die Erfolgsgeschichte der antinapoleonischen Koalition, die geschichtsphilosophische Analyse der europäischen Zeitgeschichte und die in den Medien vorgetragenen und diskutierten Neuordnungsvorschläge für die europäische Staatenwelt dokumentieren die radikale publizistische Abgrenzung von Herrschaft und Einfluss Napoleons, die schrittweise Emanzipation von den Kriegszielen der Koalition und die beginnende Selbstbestimmung der deutschen Nation. Der alliierte Propagandafeldzug in den deutschen Staaten von 1813/14 barg das zukunftsweisende Modell einer Friedenspublizistik in sich, die nicht nur auf einen militärischen Triumph über den Kriegsgegner angelegt war, sondern von Beginn an auf einen Friedensschluss mit dem Feind hinarbeitete.<sup>1</sup> Die Blätter verzichteten zugunsten ihres Fernziels, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu etablieren, auf die Desavouierung der französischen Nation.

## **2. Der Beitrag der von den Alliierten gesteuerten Publizistik für die deutsche Nationswerdung**

Der Einfluss der alliierten Militärpublizistik von 1813/14 auf die deutsche Nationswerdung wird in der geschichtswissenschaftlichen Forschung unterschätzt. Die Einheit der deutschen Staaten stand nach dem Sieg der Alliierten bei Leipzig endgültig zur Disposition.

Nach der Befreiung bildeten die neuen Presseorgane den Kristallisationspunkt für die Suche nach den politischen Ordnungsprinzipien und der historischen Identität der deutschen Nation. Sie inszenierten die Erfolgsgeschichte der antinapoleonischen Koalition

in den deutschen Staaten. Die Propagierung der Vision einer europäischen Staatengemeinschaft, die sich unisono für Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit in Europa einsetzte, war von Anfang an auf die Dauer des antinapoleonischen Kampfes beschränkt. Weil die Kriegsziele der Alliierten als allgemein anerkannte Maximen dargestellt wurden, galten sie gleichzeitig aber auch als die entscheidenden Parameter für die Neuordnung des deutschen Staatensystems. Während die erste Kalischer Verlautbarung von Mitte März 1813 den Deutschen noch die staatliche Neuordnung der Nation und die Ausgestaltung einer Verfassung zugestanden hatte, geriet die deutsche Frage nach dem Anschluss Österreichs an das Bündnis Mitte August 1813 in den Sog der Gleichgewichtsmaxime. In beiden Ordnungskonzepten standen gesamteuropäische und nationale Interessen aber nie im Widerspruch zueinander, sondern ergänzten sich. Europa schien allen Völkern Raum zu bieten, auf der Grundlage ihrer gemeinsamen historischen Traditionen in ihren Staaten nebeneinander zu leben. Die Fortexistenz der deutschen Nation galt als sicher, obwohl sie nach der Auflösung des Alten Reiches über keine Staatlichkeit, kein Rechtssystem und keine Repräsentation mehr verfügte. Das europäische Gleichgewichtsprinzip, das die Restitution des deutschen Staatenverbands vorsah, entwickelte sich zum idealtypischen Bezugspunkt der von den Zeitschriften vorgestellten Friedensvorstellungen. Trotz ihres abstrakten Charakters implizierten die Zusagen der Alliierten aber auch konkrete Vorgaben für die deutsche Berichterstattung. Die Journalisten mussten verschweigen, dass viele der designierten deutschen Regenten in der jüngsten Vergangenheit mit dem Kaiser der Franzosen kollaboriert hatten. Die Autoren konnten und durften keine konkreten Aussagen dazu machen, unter welcher Verfassung sich der neue deutsche Staatenbund stellen würde. Außerdem konnten die Publizisten keine Antwort auf die Frage geben, welche territorialen Grenzen das deutsche Staatengebilde künftig nach innen und außen besitzen würde. Die Pressemänner transportierten in ihren Beiträgen die Entscheidung der Alliierten, die Versprechen gegenüber den Deutschen erst während der Wiener Friedensgespräche einzulösen und auszugestalten.

Der militärischen Befreiung der deutschen Staaten folgte noch vor den definitiven vertraglichen Friedensregelungen eine geistige Emanzipation der Gebildeten. Während der Kriegsmonate 1813/14 war kurzzeitig ein Machtvakuum entstanden, das den publizis-

---

<sup>1</sup> Vgl. Galtung, Johann: Friedensjournalismus: Was, warum, wer, wie, wann, wo? Aus: Kempf, Wilhelm; Schmidt-Regener, Irena (Hrsg.): Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster 1998, S. 3ff.

tisch Tätigen eine relativ eigenständige Reflexion ermöglichte. Die Journalisten, die von den Idealen der Französischen Revolution beeinflusst waren, erhoben aber keine radikalen Forderungen nach Volkssouveränität. Stattdessen legten die Autoren den deutschen Fürsten die politische Verantwortung für die Neuordnung den deutschen Staaten in die Hände und forderten von ihnen eine menschliche Herrschaft für die Nation und ein freundschaftliches Verhältnis zu anderen Staaten.

### **3. Die Generierung einer europäischen Öffentlichkeit als ein friedensschaffendes Instrument der antinapoleonischen Allianz**

Die Geschichte der antinapoleonischen Koalition im Medium der deutschen Presse wirft die Frage auf, inwiefern die deutschen Blätter während der Kriegsmonate 1813/14 für eine kurze Zeitspanne an einer spezifischen Form von europäischer Öffentlichkeit teilnahmen, die die Verbündeten für die Dauer des Krieges generiert hatten, um Frieden zu schaffen.

Es ist zu überlegen, ob die publizistische Debatte über die europäische Friedensordnung nur in den deutschen Staaten oder europaweit geführt wurde. Dabei ist zu ermitteln, ob die antinapoleonische Koalition neben dem deutschen Zeitungswesen auch in den anderen europäischen Staaten publizistische Medien einsetzte, um den militärischen Kampf gegen Napoleons Herrschaft mit der Feder zu unterstützen. Ferner ist zu untersuchen, in welchem Ausmaß die Verbündeten andere europäische Zeitungsmacher mit offiziellen Kriegsberichten aus den Hauptquartieren versorgten. Ebenso ist zu bestimmen, in welcher Form das Pressewesen in den einzelnen Staaten den Vormarsch der verbündeten Truppen präsentierten und inwieweit ihre Berichterstattung nationale Interessen begünstigte. Zu erörtern ist weiterhin, in welchem Umfang nationalgeschichtliche Themen aufbereitet und politisch instrumentalisiert wurden. Ebenso ist darzulegen, inwiefern sich der publizistische Meinungs austausch über die nationalen Entwicklungen auf dem gesamten Kontinent von der deutschen Debatte unterschied.

Bereits vor Beginn der russischen Kriegsinitiative im Winter 1812/13 waren erfolglos Kriegsallianzen gegen das revolutionäre Frankreich und gegen Napoleon geschmiedet worden, um den Einfluss Frankreichs auf Europa zu begrenzen.<sup>2</sup> Das Scheitern der

---

<sup>2</sup> Vgl. Heilingsetzer, Georg: Koalition gegen Revolution. England, Österreich und das Problem einer europäischen Friedensordnung (1789-1814). In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Jg. 1993, H. 101, S. 361ff; Ottmer, Hans Martin: Militärgeschichte zwischen Französischer Revolution und Freiheitskriegen 1789 bis 1815. Vom Berufskriegerheer zur allgemeinen

ersten fünf Koalitionskriege – von 1793 bis 1797, von 1799 bis 1802, von 1805, von 1806/07 und von 1809 – wurde in der Militärpublizistik von 1813/14 nicht berücksichtigt. Ungeklärt bleibt hier daher die Frage, in welcher Beziehung die Kriegspropaganda der erfolgreichen Militärallianz von 1813/14 zu den vorhergehenden erfolglosen Koalitionskriegen und deren propagandistischen Aktivitäten stand.

Nach Abschluss des Pariser Friedens Ende Mai 1814 verlor das europäische Staatenbündnis seinen Zweck. Die europäischen Regenten begannen gegenüber ihren Allianzpartnern nationalstaatliche Ziele zu verfolgen. Zu untersuchen bleibt, in welchem Umfang die Interessendivergenzen zwischen den europäischen Mächten, die den Erfolg der Wiener Friedensverhandlungen von Anfang September 1814 bis Juni 1815 mehrfach bedrohten, neben nationalen Fragen zum publizistischen Untersuchungsgegenstand wurden.<sup>3</sup>

---

Wehrpflicht. Aus: Neugebauer, Karl Volker (Hrsg.): Grundzüge der deutschen Militärgeschichte. Bd. 1. Historischer Überblick. Freiburg i. Br. 1993, S. 111ff.

<sup>3</sup>Nach dem Ende des Wiener Kongresses im Jahre 1815 begann eine Ära europäischer Friedenskongresse. Russische, preußische, österreichische, englische und auch französische Monarchen und Staatsmänner kamen 1818 in Aachen, 1820 in Troppau, 1821 in Laibach und 1822 in Verona zu Konferenzen zusammen, um die internationale Ordnung zu bewahren. Es ist zu fragen, inwiefern die europäischen Regenten während der Kongresse publizistische Medien zur Popularisierung ihrer politischen Interessen nutzten und welchen Niederschlag die Friedensgespräche in der deutschen Tagespresse fanden. Vgl. Duchhardt, Heinz: Gleichgewicht der Kräfte, Conventance, Europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongreß. Darmstadt 1976, S. 150.